



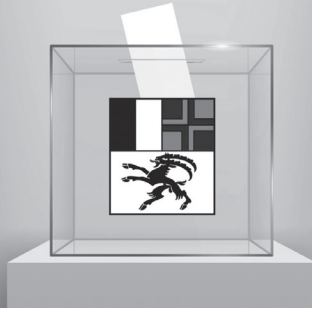
concret

Sozialdemokratische Partei
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica
Chantun Grischun

Partito Socialista
Cantone dei Grigioni

Bündner Kompromiss



Neues
Wahlsystem

Ja

wahlsystem.gr



FDP
Die Liberalen

grünliberale



Ja zum Bündner Kompromiss am 13. Juni!

Conradin Caviezel

Im Jahr 1928 hat die SP Graubünden die Forderung nach der Einführung des Proporzwahlverfahrens in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen. Seit fast hundert Jahren kämpfen wir somit für ein faires Wahlrecht, bei dem alle die gleichen Chancen für den Einzug in den Grossen Rat haben. Mal für Mal scheiterten Versuche für einen Systemwechsel. Dank des Entscheids des Bundesgerichts musste die Bündner Politik nun über

Inhalt

Bündner Kompromiss	1-2
CO ₂ -Gesetz	3
Agrar-Initiativen	4
Covid-19-Gesetz	5
Anti-Terror-Gesetz	6
MuBe Referendum	8
Jagdehikinitiative	9
Umweltskandal Spöl	10
Projekt Ringstrasse	12
Fraktionsziele	13
JUSO	14
Leute	16



die Bücher. Ein «Weiter so» ist nicht mehr möglich. Nach dutzenden über Monate geführten Gesprächen konnte man sich auf einen Bündner Kompromiss einigen.

Die anstehende Vorlage garantiert, dass jede Stimme im Kanton gleich zählt. Mathematisch wird der Kanton zu einem einzigen Wahlkreis. Eine fairere, genauere Berechnungsmethode gibt es nicht. Gewählt wird aber weiterhin in den einzelnen Kreisen. Dies garantiert, dass auch abgelegene Täler (z.B. Val Müstair, Bergell, Calanca) weiterhin im Rat vertreten sind. Auch wenn ich mir als Wahlsprenkel die elf Regionen gewünscht hätte, musste ich im Austausch anerkennen, dass für viele Talschaften die direkte Repräsentanz ganz zentral ist. Dies wird mit der Beibehaltung der 39 bisherigen Kreise nun sichergestellt.

Neu lohnt es sich für jede Partei, in jedem Kreis auch anzutreten. Jede Stimme zählt gleich und damit ist der reine Fokus auf Stammlanden (z.B. CVP Surselva) nicht mehr opportun. Dies wird zu mehr Durchmischung, zu mehr Wettbewerb und zu mehr Auswahl führen. Das belebt den Diskurs und die Demokratie. Ich bin überzeugt, die Bündner*innen sind nicht im Grundsatz gegen ein faires Proporzwahlssystem. Die fehlende lokale Verankerung war aber ein Hauptargument gegen die letzte Vorlage. Der neue Kompromissvorschlag garantiert nun sowohl regionale als auch gesellschaftliche Diversität. Er basiert

auf dem Berechnungsverfahren des «doppelten Pukelsheim». Ein System, das in vielen anderen Kantonen (ZH, NW, SZ, SH, AG, ZG) bereits erprobt und sehr breit akzeptiert ist.

Nicht vergessen gehen darf, dass bei der Gesetzesarbeitung eine hervorragende Stellvertreterlösung gefunden werden konnte. Neu wird ein parteiinternes temporäres Nachrücken möglich. Dieser Ansatz hätte Modellcharakter für andere Kantone. Gerade mit Blick auf längere Abwesenheiten (z.B. Vater-/Mutterschaftsurlaub) und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Politik ist diese vorgeschlagene Regelung eine sehr zielführende Lösung. Selbst jemand der den Sprung in den Rat nicht auf Anhieb schafft, hat dadurch potenziell die Möglichkeit während der Legislatur ein paar Mal im Rat Einsitz zu nehmen und sich einzubringen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, die Wahlrechtsvorlage ist ein Meilenstein. Somit gilt: Dieses Mal muss es endlich gelingen! Obschon die parteiübergreifende Unterstützung breiter ist als bei vielen der vergangenen Versuche, ist die Abstimmung keinesfalls schon gewonnen. Engagiert euch für ein Ja zum Bündner Kompromiss auf Social Media sowie in eurem Freundeskreis und unterstützt die Kampagne mit einer Spende (SP Graubünden, Kontonummer 70-885-5). Zusammen schaffen wir es am 13. Juni!

Weitere Infos zur Vorlage:
<https://wahlsystem.gr/>



Conradin Caviezel,
SP Grossrat Chur

Ja zum CO₂-Gesetz



Jon Pult,
Nationalrat und Präsident
Alpen-Initiative, Chur

Ein erster Schritt hin zur Klimagerechtigkeit

Jon Pult

Das CO₂-Gesetz ist kein visionärer Wurf. Aber es sorgt dafür, dass die Schweiz die Verpflichtungen des Pariser Klimaschutz-Abkommens erfüllt. Bei einem Ja reduzieren wir unseren CO₂-Ausstoss bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990. Für das Klima und damit auch für die Zukunft der Alpen als Lebensraum ist dieser erste Schritt in Richtung Klimaneutralität existenziell. Ein Nein wäre umweltpolitisch katastrophal und wirtschaftlich eine verpasste Chance.

Fast alle Parteien, die meisten Wirtschaftsverbände, alle Umweltorganisationen und unzählige Bürgerinnen und Bürger engagieren sich darum für ein Ja. Nur die SVP ist der Erdöl-Lobby auf den Leim gekrochen. Damit verteidigen ausgerechnet die selbsternannten Patrioten die Pfründe der ausländischen Öl-Konzerne. Für Sie wie für die Erdgasverkäufer geht es um nicht weniger als 8 Milliarden Franken pro Jahr. So viel gibt die Schweiz jährlich für den Import von fossiler Energie aus.

Mit dem CO₂-Gesetz reduzieren wir diese wirtschaftliche Abhängigkeit. Jeder Franken, der nicht in zweifelhafte Regimes wie Kasachstan, Russland oder Libyen fliesst, schafft hier Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Denn das Gesetz fördert notwendige Investitionen. Wir werden die Energieeffizienz unserer Gebäude und In-

frastrukturen verbessern sowie mehr erneuerbare Energie produzieren. Dabei kommt gerade Graubünden zugute, dass die Energie in Form von Wasser und Sonnenschein reichlich vorhanden ist.

Die vom Temperaturanstieg besonders betroffenen Bergkantone erhalten mit dem im Gesetz neu geschaffenen Klimafonds Gelder, um sich mit Schutzbauten besser gegen Naturgefahren wie Bergstürze und Murgänge zu schützen. Weiter werden die Sanierung von Gebäuden, Ladestationen für Elektroautos, die Beschaffung von Elektrobussen, Nachtzugverbindungen oder die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen gefördert. Alles Zukunftschancen für Gesellschaft und Wirtschaft.

Die Kosten der Klimaschutzmassnahmen sind sozial gerecht verteilt. Mehr als die Hälfte der Gelder aus der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe und aus der Flugticketabgabe wird über eine Verbilligung der Krankenkassenprämien pro Kopf an die Bevölkerung zurückverteilt. Ökologisch lebende Familien und Menschen in bescheidenen Verhältnissen können unter dem Strich auch finanziell profitieren. Reiche Umweltsünder werden zur Kasse gebeten.

Für die SP als Klimaschutzpartei ist klar: Das CO₂-Gesetz ist der erste wichtige Schritt hin zur Klimagerechtigkeit. Die kommenden Generationen – gerade im Berggebiet – sind darauf angewiesen.



Trinkwasser- und Pestizid-Initiative

2× Ja für eine nachhaltigere Landwirtschaft

Kathrin Pfister

Am 13. Juni kommen zwei Initiativen zur Abstimmung, die ein Umdenken in der Landwirtschaft fordern. Die Trinkwasser- und die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» haben beide das Ziel Wasser, Boden und unsere Gesundheit zu schützen. Sie haben unterschiedliche Herangehensweisen, um diese Ziele zu erreichen: Mit einer Annahme der Trinkwasserinitiative werden die Subventionen in eine Lebensmittelproduktion, die pestizidfrei ist und auf eigenem Boden produziert, gelenkt. Zudem fordert sie eine Tierhaltung ohne vorbeugenden Antibiotikaeinsatz. Mit einem Ja zur Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» sollen in Zukunft alle Lebensmittel ohne synthetische Pestizide produziert werden. Dies gilt für auch für Importprodukte aus dem Ausland, für die Öffentliche Hand und für Private.

Schon jetzt gehen die Wogen hoch, wenn über die beiden Vorlagen diskutiert wird. Der Bauernverband droht, dass bei einer Annahme der zwei Initiativen, die einheimische Lebensmittelproduktion bis zu 30 % einbricht, mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze in den entsprechenden Bereichen bedroht sind und die Lebensmittelpreise massiv erhöht werden. Doch ein Umdenken in der Landwirtschaft ist notwendig und auch erwünscht.

Mehr als zwei Drittel der Menschen in der Schweiz wollen unsere Umwelt und unser Essen vor synthetischen Pestiziden und übermässigen Antibiotikagebrauch bewahren (Tamedia-Wahlumfrage 2018).

In Graubünden wurden schon grosse Schritte in Richtung einer nachhaltigen Landwirtschaft unternommen. Rund 60 % der Landwirtschaftsbetriebe sind biozertifiziert. Doch auch bei uns stellen wir einen massiven Rückgang der Artenvielfalt fest. Unser Trinkwasser ist nicht mehr das «reine, gesunde Bergwasser» aus der Reklame. Im Bündner Rheintal wurden an einigen Orten Rückstände des Herbizids Chlorotalonil über dem gesetzlich zugelassenen Grenzwert gemessen.

Leider hat das Schweizer Parlament im Februar die AP 22+ sistiert und damit die Entwicklung einer ökologischeren Landwirtschaft auf Jahre hinaus blockiert. Die beiden Initiativen vom 13. Juni sind ein nötiger Schritt vorwärts. Mit 2× Ja zu diesen Vorlagen können wir die Weichen stellen in Richtung eines ökologischen Wandels, einer intakteren Natur und nachhaltigen Landwirtschaft.

In Graubünden formierte sich ein 2× Ja Regionalkomitee, getragen von den VERDA-Grünen, von WWF und Pro Natura GR, Kantonalen Fischereiverband GR, Bündner Vogelschutz, Aefu GR, VBU und der Lokalgruppe XR.



Kathrin Pfister,
Leiterin Regionalkomitee
GR, Domat/Ems

Ja zum Covid-19-Gesetz



Sandra Locher Benguerel,
Nationalrätin, Chur

Wichtige Unterstützungs- massnahmen

Sandra Locher Benguerel

Am 13. Juni 2021 stimmen wir über das Covid-19-Gesetz. Dieses bildet die rechtliche Basis für die Kurzarbeitsentschädigung, die Corona-Erwerbsersatzentschädigung, die Härtefallhilfen beispielsweise für Restaurants, Hotels, die Eventbranche oder Reisebüros, sowie die Unterstützung von Kultur, Sport und Medien.

Diese Finanzhilfen haben wir im Parlament im September 2020 per sofort in Kraft gesetzt. Dagegen kam ein Referendum zustande. Der Verein «Freunde der Verfassung» will damit verhindern, dass notrechtliche Kompetenzen des Bundesrates während der Pandemie nachträglich legitimiert werden. Zudem verleihe das Gesetz dem Bundesrat zu viel Macht.

Die Gegner*innen sind mit der Politik des Bundesrates zur Bekämpfung des Coronavirus nicht einverstanden, was ihr gutes Recht ist. Aber wir müssen uns über die Konsequenzen dieser Abstimmung im Klaren sein. Am 13. Juni stimmen wir weder über die Maskenpflicht, noch über die Impfung, die Homeofficebestimmung oder Restaurantschliessung ab. All dies regelt der Bundesrat auf der Grundlage des Epidemiengesetzes, welches das Volk 2012 mit deutlicher Mehrheit angenommen hat. Worüber wir abstimmen werden, sind Maßnah-

men zur Unterstützung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise. Mit diesen Massnahmen unterstützen wir Menschen, die ihr Einkommen und ihre Arbeit verloren haben, die Unternehmen, die von den Behörden angewiesen wurden, vorübergehend zu schliessen, um die öffentliche Gesundheit zu schützen, oder die, deren Geschäftstätigkeit eingebrochen ist, obwohl sie nicht von einer Behörde gestoppt wurden.

Im Falle einer Ablehnung des Gesetzes werden alle diese Unterstützungs-massnahmen per 25. September 2021, also ein Jahr nach Inkrafttreten, vollständig ausser Kraft gesetzt. Dies hätte zur Folge, dass alle getroffenen Massnahmen wegfallen, auch diejenigen, welche wir im Parlament bereits bis Ende 2021 bewilligt haben. Alle von der SP Fraktion hart erkämpften und dringend benötigten Unterstützungsleistungen würden hinfällig. Bereits ausgezahlte Unterstützungsgelder müssten zwar nicht zurückgezahlt werden, aber es wäre auch nicht mehr möglich, neue Wirtschaftshilfen zu sprechen. Ausserdem würde die Ablehnung dieses Gesetzes zu einem riesigen Chaos für das abrupte Ende der Wirtschaftshilfe führen und viele Menschen könnten ihre Existenzgrundlage verlieren.

Aus diesen Gründen sollten wir uns mit voller Kraft für ein Ja zum Covid-19-Gesetz engagieren.



Nein zum Anti-Terror-Gesetz

Menschenrechte unter Beschuss

Ronja Jansen

Es gibt Momente, die brennen sich ins kollektive Gedächtnis ganzer Gesellschaften. Der 11. September 2001 war ein solcher Moment. Viele von uns wissen noch genau, wo sie an diesem Tag vor 20 Jahren waren, als die schrecklichen Terroranschläge in den USA die Welt erschütterten. Wenn wir das Wort Terrorismus hören, schiesst vielen noch heute sofort das Bild der zerstörten Wolkenkratzer durch den Kopf. Seitdem wurde die Welt immer wieder Zeuge von schrecklichen terroristischen Attacken, sei es mit rechtsextremistischem oder islamistischem Hintergrund. Zahlreiche Länder haben in der Folge ihre Anti-Terror-Gesetze verschärft. Vor dieser Entwicklung scheint es nachvollziehbar, dass auch die Schweiz ihre Anti-Terror-Gesetzgebung anpasst. Doch das Terror-Gesetz, über das wir am 13. Juni abstimmen, verdient trotzdem ein klares Nein.

Die Terrorismus-Definition im vorliegenden Gesetzesentwurf hat so gar nichts zu tun, mit den gewaltsamen Bildern in unseren Köpfen. Eine terroristische Aktivität muss neu auf keine Weise mit einer Gewalttat verknüpft sein. Unter Terrorismus fallen neu jegliche Bestrebungen die staatliche Ordnung durch Furcht und Schrecken zu beeinflussen. Damit kann alles und jede*r gemeint sein:


Klimaaktivist*innen, die vor den schrecklichen Folgen der Umweltzerstörung warnen, Feminist*innen, die sich gegen sexualisierte Gewalt engagieren und auch Menschen wie ich, die friedlich für eine bessere Gesellschaft kämpfen.

Wir alle werden **mit gewaltbereiten Terrorist*innen** in einen Topf geworfen und können in der Folge Opfer von massiven Freiheitseinschränkungen werden. Potentielle Terrorist*innen können bis zu neun Monate unter Hausarrest gestellt werden, eine elektronische Fussfessel erhalten oder mit einem Kontaktverbot und einer Meldepflicht belegt werden. Mit Ausnahme des Hausarrests kann die Bundespolizei alle diese Massnahmen ohne richterlichen Beschluss bereits gegen Kinder ab 12 Jahren verhängen.

Das sind rechtsstaatliche Zustände, wie wir sie sonst nur aus autoritären Staaten kennen. Alles was wir hoffen können ist, dass die Behörden das Gesetz nicht wörtlich umsetzen und darauf verzichten harmlose Aktivist*innen wegzusperren. Dabei ist klar: Unsere Menschenrechte müssen Rechte bleiben und dürfen nicht zu Privilegien verkommen, die uns die Bundespolizei nach Belieben zu- oder absprechen kann. Wenn wir unsere Freiheit auf dem Altar der Angst opfern, dann haben **die Terrorist*innen** gewonnen.



Ronja Jansen,
Präsidentin der JUSO
Schweiz, Frenkendorf.



Der VCS Verkehrs-Club der Schweiz setzt sich für eine menschen- und umweltgerechte Mobilität ein. Der Verband fördert das optimale Zusammenspiel aller Verkehrsträger. Heute sind es über 100 000 Mitglieder, welche den VCS auf dem Weg zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik unterstützen.

Für die Sektion Graubünden suchen wir per Frühling 2021 ein

umwelt- und verkehrsinteressiertes Vorstandsmitglied

Was bieten wir?

- Möglichkeit bei den politischen Entscheidungen mitzuwirken
- Strategisches und inhaltliches Mitdenken
- Neue Ideen einbringen
- Neue Erfahrungen und Kompetenzen beschaffen
- Netzwerk erweitern
- Bei einem nationalen Verband mitwirken

Was bietest du?

- Interesse und Engagement für unsere Themen (Verkehrspolitik, Klimaschutz, Lebensqualität)
- Motivation für den Umweltschutz
- Deine einzigartigen Kompetenzen

Wir freuen uns, dich kennenzulernen!

Melde dich bei Stefan Grass:

- per Telefon 081 250 67 22 oder
- per E-Mail info@vcs-gr.ch

© Adobe Stock – blunaz

VCS Verkehrs-Club der Schweiz
Sektion Graubünden

Mehr über uns erfährst du auf unserer Internetseite:
www.vcs-gr.ch

Für Mensch
und Umwelt





Nein zur Mogelpackung

Nein zur Abschaffung der Mutterschaftsbeiträge (MuBe) am 13. Juni 2021

Selina Cathomas

Seit Hans Joss in der Concret-Ausgabe 3-2020 die Konsequenzen der Abschaffung der Mutterschaftsbeiträge erläuterte, gab es einige Fortschritte.

Dank vielen hochmotivierten Personen kamen innerhalb kürzester Zeit die nötigen Unterschriften für das Referendum zusammen. Am 03. Dezember 2020 wurden 2837 Unterschriften bei der Standeskanzlei eingereicht. Was für ein starkes Zeichen!

Im Anschluss an die Einreichung gab es keine Pause. Ein Team von Personen aus verschiedenen Organisationen (Avenir Social, GGR, Pro Junior, privaten Expert*innen, der SP, der JUSO und der Verda) hat sich zusammengefunden, um die Abstimmungskampagne zu organisieren. Aus dieser Gruppe heraus ist eine siebenköpfige Kerngruppe entstanden. Die Kerngruppe übernimmt die operativen Aufgaben und bespricht sich regelmässig mit der grösseren Gruppe.

Jetzt geht es in die heisse Phase des Abstimmungskampfes und wir sind bereit. Die Homepage ist online, die APG-Plakate liegen bereit, die Flyer sind im Druck und auf den Social-Media-Kanälen werden regelmässig Beiträge veröffentlicht.

Was wir noch brauchen: Motivierte Menschen – zum Beispiel Dich!

Nochmals eine kurze Übersicht, wieso wir ein klares NEIN fordern:

- Die Mutterschaftsbeiträge sind eine effektive finanzielle Hilfe für Mütter und Familien mit finanziellen Schwierigkeiten nach der Geburt eines Kindes.
- Es sollen nicht mehr Personen in die Sozialhilfe gedrängt werden.
- Die ersten Monate eines Kindes sind prägend. Keiner Mutter und keinem Kind sollte diese Zeit aus materiellen Gründen verwehrt bleiben.
- Die Abschaffung der Mutterschaftsbeiträge führen zu Mehrkosten für die Gemeinden.

Die ausführlichen Argumente sind auf unserer Webseite zu finden: www.mube.gr

So kannst Du uns unterstützen:

- Trage dich auf der Webseite in die Unterstützer*innenliste ein.
- Folge uns auf Facebook und Instagram und teile die Beiträge fleissig.
- Schreibe einen Leser*innenbrief, melde dich dafür bei kontakt@mube.ch.
- Unterstütze uns mit einer Spende.
- Und ganz wichtig: Motiviere deine Freund*innen, Bekannten und Verwandten zu einem NEIN!

Mit Deiner Unterstützung und einem klaren NEIN retten wir gemeinsam die Mutterschaftsbeiträge!



Selina Cathomas,
Kerngruppe MuBe, Trin

Jagdethikinitiative



Tobias Rettich,
Grossrat, Untervaz

Gut gemeint, aber...

Tobias Rettich

Kaum ein Thema polarisiert in Graubünden so sehr wie die Jagd. Am 13. Juni haben wir die Möglichkeit, über die Jagdethikinitiative abzustimmen. Diese Abstimmung ist für die SP gar nicht so einfach: Grundsätzlich sind für unsere Partei der Tier- sowie der Umweltschutz essenziell. Die Jagd ist da ein zwiespältiges Thema. Die Grundsatzfrage, ob gejagt werden soll, ist per se kontrovers. Bei der Jagdethikinitiative geht es aber nicht um die Frage ob gejagt werden soll, sondern wie gejagt werden soll.

Die Initiative stellt neun Forderungen: Beispielsweise sollen trächtige, führende Hirschkühe sowie Rehgeissen und ihre Jungen generell geschützt werden. Die Problematik dieser Forderung liegt darin, dass dies die Jagd zu sehr einschränken würde. Hier muss abgewogen werden, wann die Tiere trächtig sind, wann sie sich Fett für den Winter anfressen und wann sie im Winterschlaf sind. Keiner der Jagdzeitpunkte ist problemfrei, allerdings ist die aktuelle Lösung momentan am zielführendsten (grosser Jagddruck während sehr kurzer Zeit) und ethischsten (= vernünftigste Zeit aus Sicht des Jahreslebenszyklus der Tiere). Die Initiative fordert weiter, dass das Jagen mit Fallen und das Anlocken durch Anfüttern der Tiere soll verboten werden soll. Seit der Einreichung der Initiative sind

mittlerweile starke Einschränkungen erlassen worden, sodass dieses Verbot praktisch vorhanden und dieses Begehren der Initiative somit erfüllt ist. Zudem wird eine generelle Winterruhe für alle Wildtiere vom 1. November bis zum Beginn Hochjagd gefordert. Dies wäre eine erhebliche Einschränkung der Jagd. Insbesondere das schadensstiftende Rotwild (Hirsche und Rehe) in den Schutzwäldern könnte zu wenig bejagt werden, da dieses immer später in die Winterstände kommt. Für den Schutz des Waldes wäre dies eine erhebliche Schwächung.

Eine weitere Forderung ist, dass Kinder bis zu 12 Jahren nicht auf die Jagd mitgenommen werden und schulisch nicht zur Jagd motiviert werden dürfen. Für eine ausgeglichene Wissensvermittlung in der Schule und in Umweltschutzverbänden wäre dies ein Problem.

Unter Beachtung aller Argumente bleibt festzuhalten, dass die Initiative zwar gut gemeint ist und viele wichtige Themen anspricht. Letztlich würde eine Annahme aber den Tier- und Waldschutz schwächen und mehr Probleme schaffen als sie lösen würde. Aus diesen Gründen empfiehlt die SP Graubünden euch, diese Initiative abzulehnen.



Umweltskandal am Spöl

Der Spöl spülte das Gift PCB wieder in unser Bewusstsein

Franziska Preisig

Die Verseuchung des durch den Schweizerischen Nationalpark (SNP) fliessenden Baches Spöl ist seit Längerem bekannt. Der PCB-Befund an einem toten Uhu und an den Fischen weist klar da-rauf hin, dass bereits die Nahrungskette im Umfeld des oberen Spöls verseucht ist. Dies ist höchst besorgniserregend.

Am 12. Februar 2021 erliess das ANU eine Sanierungsverfügung. Es verfügte, dass nur 3 der 5.75 km des oberen Spöls saniert werden, was nur rund 60 bis max. 70 Prozent des hochgiftigen PCB entfernen würde. Gegen diese ungenügende Sanierung haben der SNP sowie die Umweltorganisationen Beschwerde erhoben. Auch die EKW AG als Betreiberin des Kraftwerks erhob Beschwerde: Um sich möglichst schadlos zu halten.

Die vollständige Wiederherstellung bzw. Entgiftung des durch den SNP fliessenden Spöls ist eine strikte gesetzliche Vorgabe des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) und des Nationalparkgesetzes. Zudem besteht daran auch ein starkes öffentliches Interesse von nationaler Bedeutung. Die Bevölkerung erwartet eine umfassende Lösung dieses grossen Umweltproblems.

Die 13 Aktionäre*innen der EKW AG profitieren jährlich im Umfang von

rund CHF 70 Mio. vom günstigen Strom, den sie zu Produktionskosten beziehen und mit grossem Aufpreis weiterverkaufen. Der Kanton Graubünden ist ebenfalls Aktionär der EKW AG mit einem Anteil von 14 %. Wir fordern, gestützt auf das Verursacherprinzip, die vollständige Sanierung des Spöls, die EKW AG kann sich dies leisten. Meine Fragen in Aprilsession 2021 blieben vom zuständigen Regierungsrat Parolini unter dem Vorwand des laufenden Verfahrens unbeantwortet.

PCB sind polychlorierte Biphenyle und seit 1986 in der Schweiz verboten. In den Jahrzehnten davor kamen sie hauptsächlich in Korrosionsschutzfarben und Abdichtungen vor, wo sie heute noch bspw. in Wasserrohren von Kraftwerken oder Brückenpfeilern zu finden sind. PCB ist hoch giftig, praktisch nicht abbaubar und lagert sich im Körperfett ab.

Die von der Schweiz ratifizierte Stockholmer Konvention von 2004 verbietet neben anderen Stoffen auch das Gift PCB und gibt das Ziel vor, PCB bis 2028 beseitigt zu haben. Ebenfalls in der Aprilsession 2021 reichte die SP-Fraktion dazu eine Fraktionsanfrage ein, die von der Regierung wissen will, ob der Kanton GR ein Monitoring oder ein Inventar aller PCB-Quellen hat und was der Kanton zur vollständigen Beseitigung dieser Quellen im Interesse der Gesundheit von Mensch und Natur unternimmt. Schon in der Märzsession reichte Jon Pult im Nationalrat zwei Interpellationen zur PCB-Problematik ein.



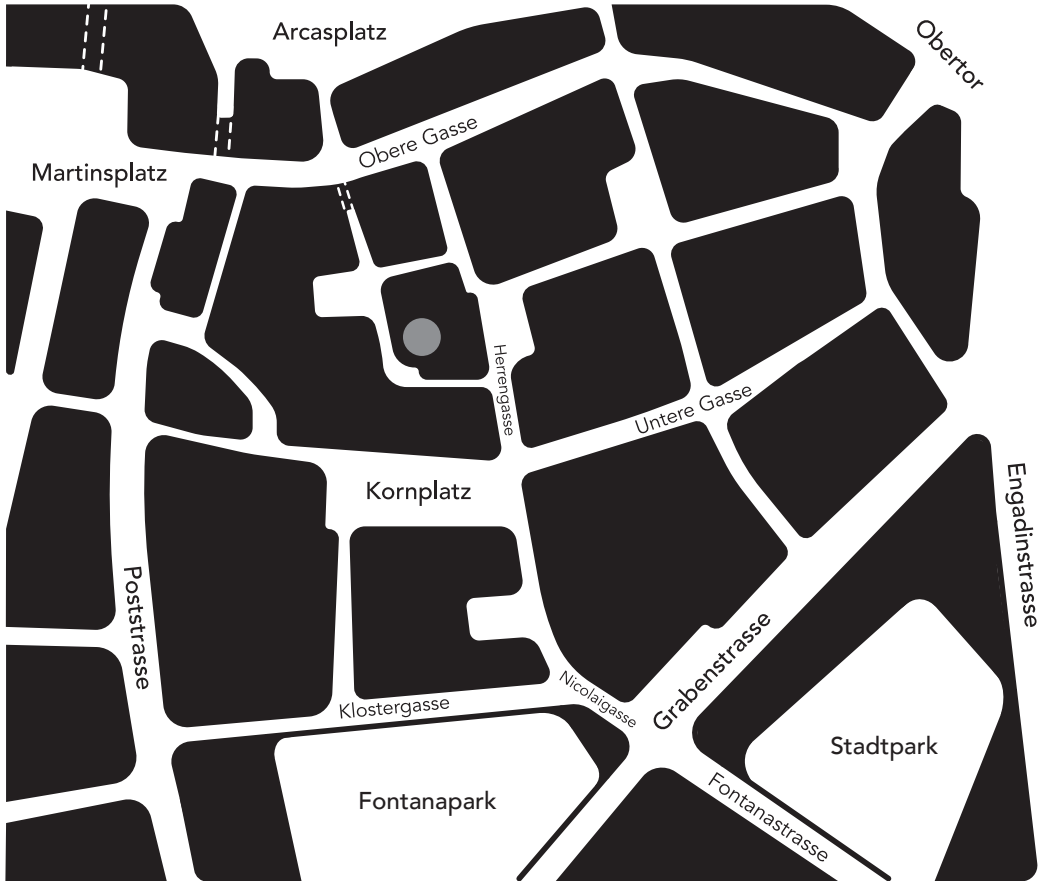
Franziska Preisig,
Grossrätin, Oberengadin



unverpackt poschta & käffala

Arosa

Lenzerheide / Chur-Süd



Chur-Nord / Postplatz / Bahnhof

Öffnungszeiten

Di - Fr 10 -18:30 Uhr
Sa 8:30 -16 Uhr

● Adresse

oba aba
Paradiesgasse 8
7000 Chur

Kontakt

081 868 82 92
allegra@obaaba.ch

www.obaaba.ch



Schul- und Sportanlage Ringstrasse

Ja am 13. Juni in Chur zu einem Meilenstein für Bildung

Patrik Degiacomi

Die Schul- und Sportanlage Ringstrasse ist ein Meilenstein für Bildung, den Hallensport und setzt gleichzeitig neue Akzente im Bereich Kulturräume. Darüber hinaus wird mit dem Projekt die Grundlage für die dringend notwendige Erweiterung der Gewerblichen Berufsschule (GBC) am bestehenden Standort geschaffen. Direkt an der Plessur-Promenade gelegen stellt die Anlage zudem eine deutliche Aufwertung für die Bevölkerung dar.

Die Schul- und Hallensportinfrastruktur in der Stadt Chur ist veraltet, viele Gebäude sind sanierungsbedürftig. Geeignete Räumlichkeiten für den Unterricht, Förderangebote sowie auch die schulergänzende Kinderbetreuung sind bereits heute sehr knapp oder fehlen. Darüber hinaus steigen die Kinderzahlen seit 2005 wieder, was die Lage kontinuierlich verschlimmert. Im Rahmen der Schulraumplanung 2016 (aktualisiert 2021) zeigte der Stadtrat auf, wie diese Probleme wirksam behoben werden können.

Konkret werden das Primarschulhaus Daleu und das Sekundarstufe I-Schulhaus Florentini sowie die Talentklassen Sport und Musik aus dem Giacometti an den Standort Ringstrasse verschoben. Die übrigen Schulhäuser und alle Kindergärten bleiben an den bestehenden Standorten.

Die Schul- und Sportanlage Ringstrasse entlastet die Primarstufe in der gesamten Neustadt und die gesamte Sekundarstufe I. Im Bereich Hallensport wird mit dem Projekt ein wichtiger Meilenstein gesetzt. Eine attraktive Dreifachturnhalle mit Platz für rund 1'600 Zuschauende sowie eine zusätzliche Turnhalle als Einspielhalle setzt für den gesamten Kanton Graubünden und weit darüber hinaus neue Massstäbe.

Indem die bestehenden beiden kleinen Aulas zusammengeführt werden kann eine unterteilbare grosse multifunktionale Aula erstellt werden. Diese verfügt über rund 320 Sitzplätze und ist gegenüber der heute bestehenden grössten Aula Giacometti um gut einen Drittel grösser.

Die verkehrstechnische Erschliessung ist konzeptionell vor allem durch gute Langsamverkehrs- und ÖV-Anschlüsse sichergestellt. Die Ringstrasse wird im Bereich der neuen Anlage neu gebaut und völlig neu gestaltet. Die Sicherheit der Kinder hat höchste Priorität. Das Strassenbauprojekt wird nach der Volksabstimmung in Angriff genommen.

Das Gebäude wird im Minergie-P-Eco-Standard mit Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach gebaut, was eine hohe Nachhaltigkeit sicherstellt. Das Projekt ist mit 88.8 Mio. Franken zwar teuer, aber in die Mehrjahresplanung der Investitionen eingebettet und damit auch gut finanzierbar.



Patrik Degiacomi,
Churer Stadtrat

Fraktionspräsidium



Lukas Horrer,
Grossrat und Fraktions-
präsident, Chur

Meine Ziele als Fraktionspräsident

Lukas Horrer

Liebe Genoss*innen
Nachdem Conradin Caviezel seinen Rücktritt als Fraktionspräsident angekündigt hatte, wählte mich unsere Fraktion 7. März als neuen Fraktionspräsident. Bevor ich auf meine Motivation und meine Ziele mit der Fraktion skizziere, das Wichtigste zuerst. Conradin hat die letzten vier Jahre unsere Fraktion mit Engagement und Professionalität zu grossen Erfolgen geführt. Dafür möchte ich mir bei dir, lieber Conradin, ganz herzlich bedanken. Und es freut mich ungemein, dass du weiterhin in der Fraktion bleibst. Auf dich und deinen politischen Instinkt will kein Fraktionspräsident verzichten.

Warum kandidierte ich als Fraktionspräsident?

1. Im August 2018 erlebte ich meine erste Session als Grossrat. Damals verhinderten wir im Grossen Rat eine kantonale Regelung, die auf nationaler Ebene inzwischen Realität ist: ein Verhüllungsverbot. Gleichzeitig kämpfen wir in Graubünden am 13. Juni 2021 für etwas, was national längst Realität ist: ein faires Wahlsystem. Warum führe ich diese zwei Beispiele an? Sie zeigen im Positiven wie im Negativen, dass sich Parlamentarismus lohnt. Es macht einen konkreten Unterschied, ob wir unseren Job als Grossrät*innen gut oder weniger gut machen.

2. Dank meinen Erfahrungen als Parteisekretär weiss ich, dass nicht die gute Arbeit einer Fraktion verpufft, wenn die Partei als Organisation funktioniert. Nur das Zusammenspiel zwischen einer engagierten Parteilinie, Parteigremien und Fraktion erlaubt es, genug Druck aufzubauen, um im Grossen Rat etwas zu erreichen. Nach meinen sechs Jahren als Parteisekretär reizte mich der «Perspektivwechsel».

Als Fraktionspräsident möchte ich mich weiterhin für den Fortschritt und das Klima engagieren. So schweben mir drei Schwerpunkte für die kommende Arbeit vor:

1. Ökologie: Das grosse Thema der Zukunft unseres Kantons ist der Klimawandel. Ein deutlich aktiveres Handeln seitens der Bündner Politik ist mit Blick auf die gewaltigen Herausforderungen nötig.

2. Finanzpolitik: Die SP-Fraktion wird sich konsequent für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik für «alle statt für wenige» einsetzen. Die guten Rechnungsabschlüsse der letzten zwei Jahrzehnte sollen konsequent für die Mittelschicht, Menschen mit tiefen Einkommen und Investitionen in die Zukunft eingesetzt werden.

3. Gleichstellungspolitik: Auf allen Ebenen unseres Kantons sind deutlich grössere Anstrengungen für mehr Diversität und Chancengleichheit nötig.



JUSO Graubünden

Es lebe die Pariser Kommune!

Damiano Capelli

Dieses Jahr konnten zum zweiten Mal in Folge keine grossen Festlichkeiten zum 1. Mai veranstaltet werden. Dies ist besonders traurig, da die Arbeiter*innen einen Anlass mehr als verdient hätten, an dem sie ihre Bedeutung in der Gesellschaft aufzeigen können. Sie allein halten während der Pandemie den Laden am Laufen. Das gibt ihnen enorme Macht in der Gesellschaft. Was passiert, wenn sich ein grosser Teil der Arbeiter*innen dieser Macht **bewusst wird**, zeigt uns die Pariser Kommune, welche sich zum 150. Mal jährt.

Es war das erste Mal in der Geschichte, dass Arbeiter*innen einer ganzen Stadt selbst die Macht in die Hände nahmen und die Gesellschaft direkt nach ihren Interessen veränderten. In allen früheren Revolutionen hatten Arbeiter*innen zwar immer eine wichtige Rolle gespielt, wurden aber immer vom Bürgertum angeführt. So unterschied sich das Programm der Kommune beispielsweise enorm von den Forderungen der Revolutionär*innen von 1845, auch wenn bloss 17 Jahre dazwischen liegen. Früher ging es um die Abschaffung des Adels und das Wahlrecht für Männer. Nun **vergesellschafteten** die Kommunard*innen die Produktion. Männer und Frauen sollten den gleichen Lohn erhalten. Sie stellten ein sozialistisches Programm, bevor die Ideen von Marx und

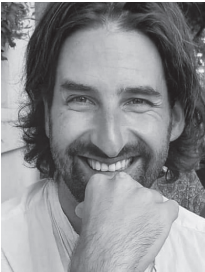
Engels überhaupt grosse Verbreitung gefunden hatten.

In diesen 150 Jahren hat sich einiges verändert. Unter anderem durch die Kämpfe der Arbeiter*innen, weshalb die Probleme heute auch etwas anders aussehen. Der Konflikt zwischen Besitzenden und Arbeiter*innen, der die Kommune direkt geführt hat, ist aber bis heute derselbe. Die sozialen Fortschritte, welche während dieser Zeit erkämpft wurden, sind heute in so grosser Gefahr wie noch nie.

Die Kommunard*innen dienen als Vorbild. Ihre Ziele für die zukünftige Arbeiter*innenbewegung, sind aber bis heute erst teilweise und in gewissen Bereichen noch gar nicht erreicht. Ihr Kampf zeigt uns, dass sich die Arbeiter*innen echte Verbesserungen immer selbst erkämpfen müssen. Keine politische Vertretung, geschweige denn eine bürgerliche Regierung kann und wird das stellvertretend für sie tun. Da wir SPler*innen und JUSOs* Teil der Arbeiter*innenbewegung sind, ist die Pariser Kommune Teil unserer Tradition und ihre Lehren sehr wichtig für die Gegenwart. Wir müssen ihren kämpferischen Geist in uns wiedererwecken, damit wir optimistisch in die Zukunft blicken können. Deshalb: Lassen wir die Pariser Kommune in unserem Kampf weiterleben!



Damiano Capelli,
Sekretär JUSO, Igis



Sascha Müller

Leute

Sascha Müller

Sascha, du arbeitest seit einigen Wochen als Campaigner und Recruiter für die SP Graubünden im Hinblick auf die Wahlen vom nächsten Jahr. Stell dich doch kurz vor.

Ich würde mich als Davoser mit Liebe für die Grossstadt beschreiben. Ich pendle zwischen Bergen und linker Urbanität. Hauptberuflich arbeite ich als Primarlehrer, war aber in den letzten Jahren auch in der politischen Arbeit tätig als Organizer und Gewerkschafter.

Und du bist natürlich kein unbekanntes Gesicht in unserer Partei.

Ich bin Alt-Grossrat, war Mitglied in der Geschäftsleitung und Co-Präsident der SP Davos. Es ist für mich also eine Rückkehr in bekannte Gefilde. Wobei ich mit dem Herzen nie weg war. Es freut mich, wieder mehr in Graubünden zu sein, viele neue Gesichter kennen zu lernen, bekannte Gesichter wiederzusehen. Für mich ist klar: Die SP GR hat seit meiner Aktivzeit nochmals einen Schritt vorwärts gemacht. Mit Unterländer Perspektive bin ich stolz auf unsere kämpferische Art.

Du bist Campagner und Recruiter? Was genau ist deine Aufgabe?

Wir bereiten uns für Wahlen 2022 vor – sollte der Bündner Kompromiss angenommen werden, stellt uns das für vor eine ganz neue Situation. Wir brauchen 120 Kandidierende in allen

Wahlkreisen. Ich stehe den Sektionen zur Seite beim Rekrutieren und beim Aufbau von Strukturen und der Wahlkampagne.

Was ist die grosse Herausforderung für die SP, wenn das neue Wahlsystem kommt?

Das neue Wahlsystem wäre vor allem eine riesige Chance! Die Sektionen freuen sich auf den Wahlkampf. Im alten Wahlsystem konnten wir nicht überall antreten. Dass wir nun in allen Kreisen antreten könnten, motiviert die Leute – auch in schwierigen Talschaften für die SP. Nun geht es darum Netzwerke aufzubauen, gute Leute zu finden und letztlich auch in der Peripherie zur breit aufgestellten Volkspartei zu werden.

Wie erlebst du unsere Sektionen?

Manche Sektionen haben es etwas einfacher, manche schwieriger. Grundsätzlich erlebe ich die Stimmung aber sehr positiv. Gerade auch in den kleineren Sektionen halten unsere Mitglieder unter teilweise widrigen Umständen die Fahne hoch. Das ist bewundernswert. Ihre grosse Chance, sich zu etablieren, kommt nun hoffentlich und ihnen beizustehen ist eine Hauptaufgabe für mich.

Hast du noch eine Botschaft für unsere Mitglieder?

Meldet euch unbedingt bei eurer Sektion oder bei der Kantonalpartei, wenn ihr bei den Wahlen mithelfen möchtet oder euch sogar für eine Kandidatur interessiert. Wahlen sind ein Teamsport!

Parolen der SP Graubünden zu den Abstimmungen vom 13. Juni. Basierend auf der Parolenfassung des Parteivorstands am 11. Mai.

Kantonale Abstimmung:

Teilrevision der Kantonsverfassung (Art. 27 Abs. 2 KV; **Neues Wahlsystem** für den Grossen Rat)

JA / GEA / SÌ

Kantonale Volksinitiative «Für eine naturverträgliche und ethische Jagd»

NEIN / NA / NO

Aufhebung des Gesetzes über Mutter-schaftsbeiträge vom 8. Dezember 1991

NEIN / NA / NO

Nationale Abstimmung:

Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»

JA / GEA / SÌ

Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

JA / GEA / SÌ

Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bun-

desrates zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie (**Covid-19-Gesetz**)
JA / GEA / SÌ

Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (**CO2-Gesetz**)
JA / GEA / SÌ

Bundesgesetz vom 25. September 2020 über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus
NEIN / NA / NO

Korrigendum: In der letzten Ausgabe wurden die Parolen der SP Graubünden und nicht der SP Schweiz veröffentlicht.

Spenden Abstimmung:

Der Abstimmungskampf für ein neues Wahlsystem ist noch nicht gewonnen. Auch für die MuBe-Abstimmung setzen wir uns bis zum letzten Tag ein. Der Einsatz für ein gerechtes Wahlsystem und gegen den Sozialabbau ist zeitaufwändig und kostet viel. Herzlichen Dank für eure Spende:

Konto:

SP Graubünden:
Konto-Nr. 70-885-5 / 7000 Chur

Ordentlicher Parteitag

4. September 2021

Am Samstag, 4. September 2021 findet der ordentliche Parteitag statt. Infos zum Programm und Ort folgen, sobald die Planung des Anlasses besser einzuschätzen ist.

Impressum

Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

Nr. 2/2021

www.sp-gr.ch

info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Nora Kaiser (Redaktionsleitung), Stefan Grass, Silvia Modalek, Andri Perl
Versand: Peter Montigel, Christian Brasser & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG, Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 3/2021:
13.08.2021

ClimatePartner^o
klimaneutral

Jetzt mit TWINT spenden!



QR-Code mit der TWINT App scannen



Betrag und Spende bestätigen

